Mörgeli

# Meinungspluralität des Roger de Weck

*Von Christoph Mörgeli*

Das Forum für Universität und Gesellschaft soll im Auftrag der Universität Bern eine Brücke zwischen Hochschule und Gesellschaft bilden. Selbstverständlich nur zur SVP-freien Gesellschaft des Kantons. Denn einziges Auswahlkriterium der 37 Forumsmitglieder bildet diese entscheidende Hürde: Man darf nicht zu jenem Drittel von Bernerinnen und Bernern gehören, die SVP wählen. Jetzt sorgt sich ausgerechnet dieses staatlich finanzierte Inzuchtgrüppchen um die «Informations- und Meinungspluralität». Im Rahmen seiner Veranstaltungsreihe «Medien im Umbruch: Direkte Demokratie in Gefahr?» lud das Forum am letzten Samstag SRG-Generaldirektor Roger de Weck aufs Rednerpodest.

Es kam, wie es kommen musste. Gegen Ende seiner Amtszeit hat unser oberster Staatspublizist zu seinem wichtigsten Thema zurückgefunden: «De Weck warnt vor Christoph Blocher», titelten nach seinem Berner Vortrag die Zürcher Landzeitungen. De Weck warnte auch vor Markus Somm. Und vor Christoph Mörgeli. Der Freiburger Meinungspluralist hat allergrösste Erfahrungen mit der Meinungspluralität: Seine politische Chefin Doris Leuthard (CVP) wird SRG-Verwaltungsratspräsident Viktor Baumeler (CVP) durch Jean-Michel Cina (CVP) ablösen. Doch diese Alleinregierung einer 11-Prozent-Partei war kein Thema bei de Wecks Warnruf «Direkte Demokratie in Gefahr».

Selbstverständlich sieht Roger de Weck die direkte Demokratie und die Meinungspluralität auch dann nicht in Gefahr, wenn sein Westschweizer Nachfolger durch Gemauschel, ohne Ausschreibung auf dem Berufungsweg, mit einem 1,2-Milliarden-Budget auf den SRG-Chefsessel gehievt wird. Dafür sieht er es als seine öffentlich-rechtliche Zwangsgebührenaufgabe, mit Kreditschädigung und Rufmord die gedruckten Zeitungen zu ruinieren. Mit diesen könne man nur noch drei bis fünf Jahre Geld verdienen. «Dann ist Schluss.»

Und sogleich träten reiche Käufer auf den Plan, warnte der reiche Mehrfamilienhausbesitzer Roger de Weck. Er meinte Christoph Blocher. Diesem geht es selbstverständlich nicht um Meinungspluralität. Sondern um politische Interessen, Populismus und «schreckliche Vereinfachung». Nach siebzig Jahren stiegen «die Hitzköpfe wieder aus ihren Löchern». Es ist typisch für die Einfalt dieses Meinungsvielfältlers: Wenn jemand eine andere Meinung hat, kommt ihm nur Nazi in den Sinn.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Bodenmann

# Ceta: Nullnummer Schweiz

**_Von Peter Bodenmann_ — 3,5 Millionen Wallonen haben Ceta verbessert. Nur dank EU-Mitgliedschaft.**

***Körpersprache:*** Premierminister Magnette.

Die Schweiz ist das Land der Hyperglobalisierung. Wir exportieren jedes Jahr pro Kopf der Bevölkerung Waren im Wert von 40 000 Franken. Mehr als doppelt so viel wie die Deutschen, die angeblichen Exportweltmeister.

Das einst reiche Wallonien ist wirtschaftlich gesehen nicht eben eine blühende Landschaft. Weil es den Strukturwandel etwas verpasst hat.

In Wallonien leben 3,5 Millionen Menschen. In der Schweiz 8,5 Millionen. Die Belgier – und somit die Wallonen – sind Mitglieder der EU. Alle EU-Staaten mussten dem Ceta-Abkommen zustimmen. Und Belgien konnte nur zustimmen, wenn das Regionalparlament von Wallonien zuvor grünes Licht gab.

In Wallonien regieren die Linken. Sie wollen nicht raus aus der EU. Aber sie wollen richtigerweise eine demokratischere, sozialere und umweltfreundlichere EU. Der wallonische Ministerpräsident Paul Magnette und seine Sozialisten haben früh klargemacht, dass sie nur zustimmen, wenn Ceta verbessert wird. Belgien und die EU nahmen die widerständigen Wallonen lange Zeit nicht ernst. Ein Fehler.

Die EU musste den Wallonen Zugeständnisse machen. Und die belgische Regierung – in der Logik flankierender Massnahmen – ebenfalls: staatlich besoldete Schiedsrichter. Schutz der Landwirtschaft und der Umwelt. Erst nach diesem politischen Sieg der Wallonen durfte die EU am Sonntag den Ceta-Vertrag unterzeichnen.

Die Schweiz exportiert zurzeit jedes Jahr Waren im Wert von gut 3,5 Milliarden Franken nach Kanada. Und importiert umgekehrt nicht einmal für eine Milliarde vorab Rohstoffe aus dem Land des jugendlichen Premiers Trudeau.

Ceta geht weiter als andere gültige Freihandelsverträge, die etwa die Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein einst mit Kanada abgeschlossen haben.

Und jetzt müssen wir froh sein, wenn wir mit Verspätung in etwa ein vergleichbares Abkommen wie die EU hinbekommen. Zusammen mit Norwegen, Island und Liechtenstein.

Ceta ist die Blaupause für das noch nicht fertig verhandelte TTIP. Donald Trump will bessere Deals für Amerika. Hillary Clinton ist eine imperiale Kriegsgurgel. Das linke Wallonien wird TTIP im Alleingang kippen, wenn dieses weit wichtigere Abkommen in den entscheidenden Punkten hinter Ceta herhinkt.

Haben kleine Länder in der EU nichts zu sagen? Das Gegenteil ist richtig. Der fremdenfeindliche Grüsel Orbán treibt Merkel selbstbewusst vor sich her. Und die Wallonen erzwangen bei der Umsetzung von Ceta von Belgien und der EU beachtliche Konzessionen.

Nur wer mit am Verhandlungstisch sitzt, kann Entscheide beeinflussen. Wer draussen vor der Tür steht, ist eine Nullnummer.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.



Bild: John Thys (AFP, Getty Images)